

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 87 (2012)
Heft: 5

Artikel: Wege ins Abseits
Autor: Farwick, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wege ins Abseits

In der deutschen Sicherheits- und Aussenpolitik sieht es hinter den Kulissen nicht besonders günstig aus. Die Enthaltung der Stimme in der Libyenfrage im UN-Sicherheitsrat in der ersten Sitzung am 17. März 2011, an der Deutschland als Ratsmitglied in dieser Periode teilgenommen hat, hat Deutschland viel Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei Partnern und Freunden gekostet, zumal Deutschland mit China, Brasilien und Russland in einem Boot sass.

AUS DEM NEUEN BUCH UNSERES DEUTSCHLAND-KORRESPONDENTEN BRIGADEGENERAL DIETER FARWICK

Sie gehören zu den BRICS-Staaten. Hinterher gab es Hinweise, dass der deutsche Aussenminister gegen den Rat seiner Diplomaten mit «nein» stimmen wollte, während die Kanzlerin zur Zustimmung tendierte. So kam es zum Kompromiss der Enthaltung. Da stellt sich schon die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit der Bundeskanzlerin gegenüber einem äusserst schwachen Aussenminister.

Schliesslich verfügt sie über die Richtlinienkompetenz, von der sie jedoch selten Gebrauch macht.

In der Folge hat Deutschland seinen Nimbus als verlässlicher Partner verloren. Mit der Enthaltung hat Deutschland gegen die in der UN-Charta geforderte «Responsibility to Protect» verstossen, wie Professor Wolfgang Seibel in seinem hervorragenden Namensartikel in der «Frankfurter Allgemeine Zeitung» belegt: «Ein zweiter Problembereich berührt das Normensystem der Vereinten Nationen, namentlich das von der UN-Generalversammlung 2005 verabschiedete Prinzip der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P)».

Die Frage nach der Erklärung für das deutsche Fehlverhalten beantwortet Professor Seibel mit zwei interessanten Hinweisen, die in der öffentlichen Diskussion bisher nicht angesprochen wurden.

Politische Klasse

Eine Ursache sieht er in einem Bewusstseinswandel der «politischen Klasse»: «Die Entscheidung vom 17. März 2011 ist vielmehr Ausdruck langfristiger Veränderungen der aussen- und sicherheitspolitischen Orientierung Deutschlands. Zudem beruht sie im Kern auf einem Konsens der politischen Klasse des Landes.»

Spätestens seit der Regierung unter Gerhard Schröder ist Deutschland auf dem Weg zur «Zivilmacht». Die zweite Ursache sieht Professor Seibel in dem Versuch des

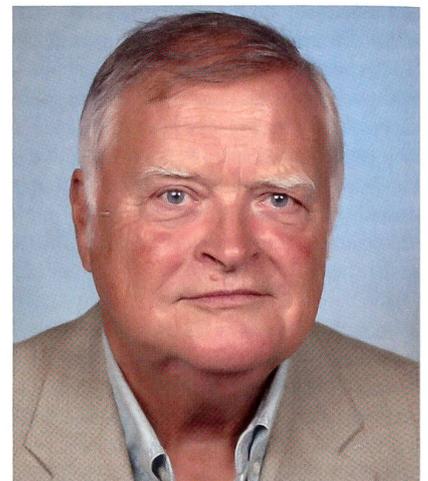
Aussenministers, sich den BRICS-Staaten anzunähern, die sich – ausgenommen Südafrika – wie Deutschland der Stimme enthalten haben. In den BRICS-Staaten sieht der Aussenminister eines der «neuen Kraftzentren», mit denen man «strategische Partnerschaften» als zwingend notwendige Bausteine einer Weltregierung eingehen müsse. Ist der Bundeskanzlerin diese Vorstellung des Aussenministers bekannt und trägt sie diese mit?

Ist diese neue Ausrichtung mit den wichtigsten Partnern in den Vereinigten Staaten und in Europa abgestimmt? Ist es ein Zeichen für die Zukunft deutscher Sicherheitspolitik, dass sich Deutschland bei schwerwiegenden UN-Entscheidungen eher den BRICS-Staaten anschliessen wird als den Partnern in der EU und in der NATO? Ist die vielfach gefeierte «Gemeinsame Europäische Aussen- und Sicherheitspolitik» nur noch Makulatur?

Risiko Westerwelle

Dieser Aussenminister ist ein Risiko für die deutsche Sicherheitspolitik. Die geringen Chancen auf einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat sind durch die Enthaltung weiter gesunken. Es ist nicht vorstellbar, dass bei einer eher unwahrscheinlichen Umstrukturierung des UN-Sicherheitsrates mit Deutschland ein weiterer europäischer Staat einen permanenten Sitz erhält. Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien haben sicher grössere Chancen, um auch im UN-Sicherheitsrat die neue Gewichtung in der Weltpolitik zur Geltung zu bringen.

Europa ist im UN-Sicherheitsrat als Folge des Zweiten Weltkrieges überrepräsentiert. Das würde sich bei einer Strukturreform des UN-Sicherheitsrates nicht halten lassen. Grossbritannien und Frankreich sind nicht bereit, zugunsten eines permanenten «Europasitzes» auf ihren Sondersta-



Brigadegeneral Dieter Farwick, Deutschland-Korrespondent des SCHWEIZER SOLDAT, schrieb ein kritisches Buch zur deutschen Sicherheitspolitik.

tus mit Vetorecht zu verzichten. Der zweite Rückschlag für Ansehen und Einfluss Deutschlands nicht nur in der NATO folgte der Enthaltung bei der Abstimmung über die Resolution 1973 auf dem Fusse.

Deutschland, in der Person des Aussenministers, verweigerte der NATO im April die militärische Beteiligung in der Operation gegen Libyen. Der Verteidigungsminister machte nicht den Eindruck, dass er von der Kanzlerin und dem Aussenminister konsultiert worden war. Offenkundig hat er auch nicht um Mitsprache gekämpft.

Negatives Verhalten

Dabei wäre es möglich gewesen, zwei bereits im Mittelmeer befindliche Kriegsschiffe zu humanitären Zwecken – wie Evakuierung und Versorgung – einzusetzen. Dieses negative Verhalten Deutschlands hat – auch in der Sicht der teilnehmenden arabischen Staaten – geschadet.

Wenn der deutsche Aussenminister immer wieder verkündet – auch in der Libyenfrage –, dass Deutschland in erster Linie für den globalen Schutz der Menschenrechte eintritt – zeigt das Handeln elementare Widersprüche auf.

Das Ansehen Deutschlands in der NATO hat in den Jahren des Afghanistankrieges bereits an Ansehen verloren. In den Augen vieler Verbündeter war das militärische Engagement Deutschlands durch nationale Vorbehalte stark eingeschränkt, was in dem Kapitel «Afghanistan» bereits ausführlicher behandelt wurde.

Ein weiterer missglückter Vorstoss des Aussenministers ist seine wiederholte Forderung, die rund 20 taktischen US-Nuklearsprengköpfe, die noch in Deutschland stationiert sind, abzuziehen.

Der Verbleib dieser Waffen ist militärisch weniger bedeutend als der politische Wert. Er sichert Deutschland die nukleare Teilhabe und Mitsprache in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. Diese Gruppe ist der Ort für Überlegungen und Vorschläge für den Verbleib von taktischen Nuklearwaffen in Europa. Sie könnten als Pfand für spätere Rüstungskontrollverhandlungen eingebracht werden. Öffentliche nationale Vorstösse sind wenig hilfreich.

Beziehungen zu USA

Die Beziehungen zu den USA haben sich weiter verschlechtert. Die zum Gedankenaustausch notwendigen gegenseitigen Besuche deutscher und amerikanischer Politiker haben gegenüber den Vorjahren stark nachgelassen. Die Verleihung der Freiheitsmedaille an die deutsche Bundeskanzlerin ändert daran nichts.

Nach der bereits angesprochenen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts in Allensbach wollen nur noch 22 Prozent der deutschen Bevölkerung engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Daran hat auch der amerikanische Präsident, der vor seiner Wahl in Deutschland frenetisch gefeiert worden war, nichts geändert.

Die Verleihung der Freiheitsmedaille war sicherlich auch ein Versuch, Deutschland zu einem stärkeren Engagement in weltweiten Krisen zu veranlassen. Der Verfasser sieht jedoch keine Initiative der Regierung oder des Bundestages, die überlebenswichtigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu reanimieren. In den USA wird diese Situation aufmerksam registriert.

Für Amerika haben Frankreich und Grossbritannien in sicherheitspolitischen

Fragen Deutschland als verlässlichen Partner abgehängt, wie sich erneut bei der Verlegung von Kriegsschiffen Ende Januar in den Persischen Golf zeigt.

Russland einbinden?

Die Forderung der deutschen Bundeskanzlerin, Russland stärker in die NATO einzubinden, sowie die Forderung des Aussenministers, eine «strategische Partnerschaft» mit Russland einzugehen, haben bei manchen NATO-Partnern zu nachdenklichen Mienen geführt.

Es wird von einem «dritten Weg» gesprochen, den Deutschland gehen will. Angeführt wird dabei die grosse Abhängigkeit Deutschlands von der «Energiemacht Russland», die durch den deutschen Verzicht auf die Nutzung der Nuklearenergie vermutlich eher grösser wird. An anderer Stelle hat der Verfasser die derzeitige Lage und die mögliche Entwicklung in Russland mit der Auswirkung für Deutschland aufgezeigt. Eine deutsche Politik einer gefühlten «Äquidistanz» zwischen den Partnern im Westen und Russland hätte negative Folgen für die NATO und die EU.

Spagat in der Krise

Deutschland ist zu einem Spagat gezwungen. Auf der einen Seite muss es die Interessen der eigenen Bevölkerung vertreten, auf der anderen Seite will es auf die Erwartungen der EU-Mitgliedsstaaten Rücksicht nehmen. Das bindet auf absehbare Zeit ungeheure Ressourcen.

Es wirkt schon wie eine Satire, wenn der deutsche Finanzminister die deutsche Öffentlichkeit damit beruhigen will, dass das dritte Hilfspaket für Griechenland 2014 kommen kann.

Erst 2014?

Die Einbindung des Parlamentes beim zweiten Hilfspaket ist ein Paradebeispiel für die Missachtung des Parlamentes – wieder einmal. Die Regierung setzt das Parlament unter einen ungeheuren Zeitdruck. Innerhalb weniger Tage wurde das Parlament zur Entscheidung am 27. Februar gezwungen, obwohl die Informationen der Regierung lückenhaft waren. Es fehlten wesentliche Teile des «Kleingedruckten».

Es spricht nicht für das Parlament, dass es sich diesem Druck gebeugt hat. In dieser entscheidenden Frage eines weiteren deutschen Beitrages in Höhe von rund 44 Milliarden wäre eine Anhörung von auch kritischen Sachverständigen angemessen gewesen. Der «gemeine» Abgeordnete hatte nicht die Zeit, sich eingehend mit der Vorlage zu befassen und sich mit Fachleuten zu beraten.

Mit diesem Verfahren eines unzulässigen Zeitdrucks durch die Regierung und dem Einknicken des Parlamentes wird die demokratische Kultur Deutschlands nachhaltig geschädigt. Der Bundestag hat am 27. Februar 2012 dem zweiten Hilfspaket bei einigen Gegenstimmen zugestimmt: Der Marsch in die Fiskalunion wird mit Billigung des Parlaments fortgesetzt! 

Dieter Farwick – eine eindrückliche Laufbahn

Der vorliegende Artikel entstammt dem Kapitel 5 von Dieter Farwicks neuem Buch: «Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt.» Erschienen im Osning-Verlag 2012. ISBN 978-3-981-4963-0-7. Brigadegeneral Farwick ist Deutschland-Korrespondent des SCHWEIZER SOLDAT.

Militärische Laufbahn

- Eintritt in die Bundeswehr als Wehrpflichtiger am 4. April 1961
- Ausbildung zum Offizier der Panzergrenadiertruppe
- Auswahl und Ausbildung zum Generalstabsoffizier 1971–1973
- Truppenverwendungen vom Kp Chef, BtlKdr, BrigKdr bis zum Kdr Div Truppen PzDiv

Besondere Verwendungen:

- Ein Jahr Student an dem Royal Defense

College in London

- Vier Jahre im Planungsstab von Manfred Wörner
- Vier Jahre Operationschef im NATO HQ Europa-Mitte
- Vier Jahre Amtschef des Amtes für Militärisches Nachrichtenwesen
- Pensionierung zum 30. Sept 2000 als BrigGen

Tätigkeiten nach der Pensionierung:

- 10 Jahre Chefredakteur der Online-Zeitung www.worldsecuritynetwork.com
- Studienreisen in die Baltischen Staaten, nach China, Indien, Kambodscha, Russland, Südkorea, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Vietnam und Zentralasien
- Zahlreiche Publikationen – oft auch im SCHWEIZER SOLDAT

Private Daten:

- Verheiratet seit 1964
- Zwei Kinder und vier Enkelkinder